

# Sessionsvorschau auf einen Blick

## Sommersession 2019 | 03. – 21. Juni

Die *plattform* vertritt die gemeinsamen politischen Interessen von Angestellte Schweiz, des Kaufmännischen Verbandes, der Schweizer Kader Organisation SKO, der Zürcher Gesellschaft für Personal-Management (ZGP) und veb.ch, dem Schweizer Verband für Rechnungslegung, Controlling und Rechnungswesen, gegenüber Politik und Öffentlichkeit. Zusammen vertreten diese Verbände die Anliegen von rund 88'000 Mitgliedern in bildungs-, wirtschafts- und angestelltenpolitischen Themen. Ziel ist es, übergeordnete politische Interessen zu bündeln und konsensorientierten und kompromissfähigen Lösungen zum Durchbruch zu verhelfen.

[kfmv.ch/plattform](http://kfmv.ch/plattform)

### Vorschau im Überblick

		STÄNDERAT	EMPFEHLUNG
13.06.2019	18.050	<b>Steuerliche Berücksichtigung der Kinderdrittbetreuungskosten</b>	Zustimmung
14.06.2019	19.3416	<b>Zusatzverhandlungen zum Institutionellen Abkommen mit der EU</b>	Ablehnung
17.06.2019	18.3933	<b>Weiterbildungsfonds auf Branchenebene</b>	Zustimmung
	19.3227	<b>Seco-Stressmonitoring aktualisieren</b>	Ablehnung
20.06.2019	18.441	<b>Indirekter Gegenentwurf zur Vaterschaftsurlaubs-Initiative</b>	Bedingte Zustimmung
	18.052	<b>VI Für einen vernünftigen Vaterschaftsurlaub – zum Nutzen der ganzen Familie</b>	Ablehnung
	19.3172	<b>Förderung der Erwerbstätigkeit nach Erreichen des Regelrentenalters</b>	Zustimmung
		NATIONALRAT	EMPFEHLUNG
03.06.2019	13.094	<b>OR. Schutz bei Meldung von Unregelmässigkeiten am Arbeitsplatz</b>	Zustimmung
20.06.2019	19.3009	<b>Impulsprogramm zur Verbreitung innovativer Digitalisierungsprojekte im Bildungsbereich</b>	Zustimmung
	19.3010	<b>Lancierung eines Digitalisierungs-Impulsprogramms für Eidgenössische und Kantonale Universitäten, Fachhochschulen, Berufsbildung und Weiterbildung</b>	Zustimmung
	19.3418	<b>Massnahmen zur Verringerung der sozialen Selektivität</b>	Zustimmung
	19.3420	<b>Zusatzverhandlungen zum Institutionellen Abkommen mit Der EU</b>	Ablehnung
Parlamentarische Initiativen 1. Phase: 17.521 <b>Flexible BVG-Renten ermöglichen</b>			Zustimmung

13.06.2019

18.050 Geschäft Bundesrat

**Steuerliche Berücksichtigung der Kinderdrittbetreuungskosten**

Zustimmung. Minderheitsanträge ablehnen.

Für Eltern sind vermehrt Erwerbsanreize zu setzen. Die Kosten der familienexternen Kinderbetreuung in der Schweiz sind im internationalen Vergleich sehr hoch. Gerade für gut qualifizierte Eltern, lohnt es sich finanziell oft nicht, nach dem zweiten Kind weiterzuarbeiten. Eine Anpassung der Abzüge ist deshalb dringend notwendig und sollte, um einen grösseren Erwerbseffekt zu erzielen, auch auf kantonaler- und Gemeindeebene angewandt werden.

14.06.2019

19.3416 Motion Ständerat (WAK)

**Zusatzverhandlungen zum Institutionellen Abkommen mit der EU**

Die *plattform* lehnt Neuverhandlungen mit der EU ab.

Die Schweiz hat mit dem InstA ein gutes Verhandlungsergebnis erzielt. Jede Form der Kooperation verlangt Kompromisse und festgelegte Streitbeilegungsmechanismen. Niemand kann auf Maximalforderungen beharren. Die Kommission des Ständerats argumentiert als wäre das vorliegende institutionelle Rahmenabkommen nicht das Ergebnis fünfjähriger zäher Verhandlungen zwischen der Schweiz und der EU, sondern ein erstes "Angebot" der EU. In ihren Forderungen beharrt die Kommission auf Maximalforderungen und lässt dabei sowohl die ausführlichen Erläuterungen des Bundesrats, die zahlreichen (unabhängigen) Expertenberichte als auch die Volksmeinung ausser Acht und lässt sich von parteiischen Interessen unter Druck setzen, welche grundsätzlich gegen ein Rahmenabkommen mit der EU sind. Auch die Thematik der staatlichen Beihilfen ist seit Jahren ein Thema, aber die konkreten Vorschläge diesbezüglich wurden vom Parlament bisher blockiert. Eine Verzögerung bis nach erfolgter Abstimmung zur Begrenzungsinitiative, über welche frühestens im Mai 2020 abgestimmt werden kann, ist ein Zeichen von Führungsschwäche und ein Symptom dafür, dass für die Schweiz wichtige Reformen zunehmend verunmöglicht werden. Die Motion ist deshalb zwingend abzulehnen und dem Bundesrat das Vertrauen für die weiteren Abklärungen mit der EU auszusprechen.

17.06.2019

18.3933 Motion Ständerat (Vonlanthen)

**Weiterbildungsfonds auf Branchenebene**

Die *plattform* unterstützt den Vorschlag, weist aber darauf hin, dass die Auswirkungen der Digitalisierung und die Schwierigkeiten älterer Arbeitnehmenden nicht branchenspezifisch sind.

Dass die Digitalisierung Auswirkungen auf verschiedene berufliche Tätigkeiten hat, ist unbestritten. Allerdings sind diese oft nicht branchenspezifisch. Zum Beispiel verändern sich kaufmännisch-betriebswirtschaftliche Tätigkeiten in allen Branchen aufgrund der Digitalisierung. Auch die Schwierigkeiten, die ältere Arbeitnehmende bei der Stellensuche empfinden, sind nicht branchenspezifisch, sondern vielmehr abhängig von der beruflichen Tätigkeit. Zudem sind nicht nur ältere Arbeitnehmende, sondern auch gering qualifizierte Personen von arbeitsmarktlichen Risiken durch die Digitalisierung betroffen. Zusätzlich ist aber eine wachsende Zahl von Beschäftigten in neuen Arbeitsformen (z.B. Plattformökonomie) tätig. Auch hier sind

Weiterbildungsfragen ungelöst. Von Weiterbildungslösungen durch Branchenfonds profitieren Arbeitnehmende in Unternehmen, Berufen und Branchen die einem Fonds unterstellt sind. Der Vorteil einer Branchenlösung liegt in deren Nähe am Arbeitsmarkt. Der Nachteil im begrenzten Anwendungsbereich.

19.3227 Postulat Ständerat (Zanetti)

**Seco-Stressmonitoring aktualisieren**

**Ablehnung.**

Der Job-Stress-Index wird seit 2014 biennial von Gesundheitsförderung Schweiz, der Universität Bern, und der ZHAW durchgeführt. Eine zusätzliche Studie des Bundes würde kaum einen Mehrwert generieren. Das Problem ist nicht eine mangelnde Datengrundlage, sondern die unterschiedliche Interpretation der Ergebnisse.

20.06.2019

18.441

**Indirekter Gegenentwurf zur Vaterschaftsurlaubs-Initiative**

**Ein zweiwöchiger Vaterschaftsurlaub als Teil einer Elternzeit ist denkbar.**

Ein zweiwöchiger Vaterschaftsurlaub, wie von der Kommission vorgeschlagen, verfehlt die Gleichstellungs-, Vereinbarkeits- und Arbeitsmarktziele welche die *plattform* unterstützt und zementiert eine überholte Rollenteilung zwischen den Eltern. Der volkswirtschaftliche Nutzen einer Elternzeit ist jedoch unbestritten. Die *plattform* fordert deshalb weiterhin eine mehrmonatige **Elternzeit**, aufteilbar zwischen den Eltern und mit fixen Ansprüchen für Väter und Mütter, für letztere aber mindestens 14 Wochen. **Ein zweiwöchiger Vaterschaftsurlaub, gleichzeitig mit dem Mutterschaftsurlaub beziehbar, kann Teil davon sein.**

18.052 Geschäft des Bundesrats

**VI Für einen vernünftigen Vaterschaftsurlaub – zum Nutzen der ganzen Familie**

**Ein vierwöchiger Urlaub bringt keinen volkswirtschaftlichen Nutzen und zementiert überholte Rollenbilder.**

Ein vierwöchiger Vaterschaftsurlaub, wie von der Volksinitiative vorgeschlagen, verfehlt die Gleichstellungs-, Vereinbarkeits- und Arbeitsmarktziele welche die *plattform* unterstützt und zementiert eine überholte Rollenteilung zwischen den Eltern. Der volkswirtschaftliche Nutzen einer Elternzeit ist jedoch unbestritten. Die *plattform* fordert deshalb weiterhin eine mehrmonatige Elternzeit, aufteilbar zwischen den Eltern und mit fixen Ansprüchen für Väter und Mütter, für letztere mindestens aber 14 Wochen.

19.3172 Postulat Ständerat (Hegglin)

**Förderung der Erwerbstätigkeit nach Erreichen des Regelrentenalters**

**Die Prüfung möglicher Anreizsysteme ist zu begrüßen.**

Das System der Altersvorsorge braucht grundlegende Reformen, um auch für künftige Generationen finanzielle Sicherheit im Alter bieten zu können. Ein flexibler Altersrücktritt und Anreize für eine Erwerbstätigkeit über das Referenzalter hinaus sind wichtige Komponenten einer Reform. Eine Prüfung möglicher Anreizsysteme ist deshalb zu begrüßen, da auch der vorliegende Vorschlag des Bundesrats für die AHV 21 nur mittelfristig finanzielle Erleichterung für die AHV bringt. Für die zweite Säule liegt noch nicht einmal ein Vorschlag vor. Gleichzeitig muss auch die Situation für ältere Arbeitnehmende verbessert werden. Es reicht nicht, nur die Arbeit nach dem

Referenzalter finanziell attraktiver zu machen. Ältere Arbeitnehmende müssen auch eine Beschäftigung behalten oder eine neue Beschäftigung finden können. Hier müssen die Unternehmen in die Pflicht genommen werden: Die Beschäftigung von älteren Mitarbeitenden muss als ein Gewinn, nicht eine Belastung betrachtet werden.

Nationalrat

---

03.06.2019

13.094 Geschäft des Bundesrats

**OR. Schutz bei Meldung von Unregelmässigkeiten am Arbeitsplatz**

**Ja zu einem verbesserten Schutz für Whistleblower.**

Die Vorlage wurde redaktionell überarbeitet und kommt jetzt verständlicher und strukturierter daher. Sie bringt einen verbesserten Schutz für Whistleblower. Es gibt jedoch immer noch ein paar Punkte, welche noch nicht berücksichtigt wurden: Eine direkte Meldung der Öffentlichkeit, ohne vorherige Meldung gegenüber einer zuständigen Behörde, ist weiterhin ausgeschlossen. In kleinräumigen Verhältnissen mit engen personellen Verflechtungen ist dies unbefriedigend, wie etwa der Baukartellfall in Graubünden zeigt. Störend ist auch, dass Whistleblower nicht besser gegen eine Kündigung geschützt werden.

20.06.2019

19.3009 Motion Nationalrat (WBK)

**Impulsprogramm zur Verbreitung innovativer Digitalisierungsprojekte im Bildungsbereich**

**Ja zu einem besseren Austausch im Bildungsbereich.**

Die Bildungslandschaft verändert sich – und muss dies auch, um den Anforderungen der Arbeitswelt zu genügen. Das vorgeschlagene Impulsprogramm könnte zu einer zielgerichteten Entwicklung im Bereich Digitalisierung der Bildung beitragen und vermeiden, dass in verschiedenen Bildungsfeldern ähnliche Lösungen für vergleichbare Herausforderungen gesucht werden. Die Abstimmung auf bereits bestehende Projekte des Bundes im Rahmen von "Berufsbildung 2030", wie digitalinform.swiss, ist dabei zentral. Ein Austausch von Good-Practice-Beispielen über eine Plattform ist auch den Organisationen der Arbeitswelt und den Kantonen in der Berufsbildung ein wichtiges Anliegen, wie sich an der im Mai 2019 stattgefundenen Verbundpartnertagung zeigte.

19.3010 Motion Nationalrat (WBK)

**Lancierung eines Digitalisierungs-Impulsprogramms für Eidgenössische und Kantonale Universitäten, Fachhochschulen, Berufsbildung und Weiterbildung**

**Ja zu einem Impulsprogramm für Digitalisierungsprojekten auf allen Bildungsstufen.**

Noch 2015 war der Themenkomplex "Digitalisierung" kein Thema in den bildungspolitischen Zielen des WBF und der EDK. Umso dringender erscheint es, dass diesem Themenkomplex, welcher die Arbeits- und die Bildungswelt weiter verändern wird, grössere Aufmerksamkeit geschenkt wird. Eine klare Strategie mit entsprechenden Zielen ist vor diesem Hintergrund zentral und muss mit entsprechenden finanziellen Mitteln verbunden werden. Eine Finanzierung, welche Kantone und/oder private Trägerschaften mindestens zur Hälfte einbezieht, ist dabei verbundpartnerschaftlicher Usus. Auch hier ist die Abstimmung mit bereits bestehenden Projekten des Bundes (Berufsbildung 2030) und der Kantone wichtig.

19.3418 Motion Nationalrat (WBK)

**Massnahmen zur Verringerung sozialer Selektivität**

Zustimmung: **Massnahmen in der kommenden BFI-Botschaft verankern.**

Der Bildungsbericht 2018 hat eindrücklich gezeigt, dass im Schweizer Bildungssystem noch keine Chancengleichheit herrscht. Die Konsequenzen ziehen sich durch die ganze Bildungs- und Berufskarriere hindurch und die Konsequenzen sind auch hier brachliegendes Potenzial für den Arbeitsmarkt. Eine Investition in die frühkindliche Bildung verringert erwiesenermassen Unterschiede aufgrund von sozialer oder kultureller Herkunft. Der Vermittlung von Grundkompetenzen kommt dabei auf allen Stufen eine wichtige Rolle zu, insbesondere auch bei Erwachsenen. Angebote, welche den Übergang zwischen Sek-I- und Sek-II-Stufe erleichtern und den Verbleib in der Sekundarstufe II in schwierigen Situationen sichern, müssen gestärkt werden. Die Quote der Sek-II-Abschlüsse bei 25-Jährigen liegt bei 91% und verfehlt damit das bereits 2011 gesetzte 95%-Ziel. Auch im Bereich der Weiterbildung und der höheren Berufsbildung sieht die *plattform* grosse Chancen, die Arbeitsmarktfähigkeit breiter Personengruppen zu sichern und zu entwickeln.

19.3420

**Zusatzverhandlungen zum Institutionellen Abkommen mit der EU**

**Die *plattform* lehnt Neuverhandlungen mit der EU ab.**

Die Schweiz hat mit dem InstA ein gutes Verhandlungsergebnis erzielt. Jede Form der Kooperation verlangt Kompromisse und festgelegte Streitbeilegungsmechanismen. Niemand kann auf Maximalforderungen beharren. Die Kommission des Nationalrats argumentiert als wäre das vorliegende institutionelle Rahmenabkommen nicht das Ergebnis fünfjähriger zäher Verhandlungen zwischen der Schweiz und der EU, sondern ein erstes "Angebot" der EU. In ihren Forderungen beharrt die Kommission auf Maximalforderungen und lässt dabei sowohl die ausführlichen Erläuterungen des Bundesrats, die zahlreichen (unabhängigen) Expertenberichte als auch die Volksmeinung ausser Acht und lässt sich von parteiischen Interessen unter Druck setzen, welche grundsätzlich gegen ein Rahmenabkommen mit der EU sind. Auch die Thematik der staatlichen Beihilfen ist seit Jahren ein Thema aber die konkreten Vorschläge diesbezüglich wurden vom Parlament bisher blockiert. Eine Verzögerung bis nach erfolgter Abstimmung zur Begrenzungsinitiative, über welche frühestens im Mai 2020 abgestimmt werden kann, ist ein Zeichen von Führungsschwäche und ein Symptom dafür, dass für die Schweiz wichtige Reformen zunehmend verunmöglicht werden. Die Motion ist deshalb zwingend abzulehnen und dem Bundesrat das Vertrauen für die weiteren Abklärungen mit der EU auszusprechen.

Parlamentarische Initiativen 1. Phase

17.521 PaIv **Flexible BVG-Renten ermöglichen (Weibel)**

**Empfehlung zur Annahme = Minderheit.**

Die *plattform* unterstützt das Anliegen der PaIv. Die Transferzahlungen zwischen den Generationen sind systemwidrig und müssen schnell beseitigt werden. Wenn auch laufende Renten massvoll entsprechend dem finanziellen Ergebnis der Vorsorgeeinrichtung flexibilisiert werden, werden die Erwerbstätigen entlastet und die Rentenbeziehenden können in guten Zeiten mitprofitieren.

**Weitere Auskünfte:**

Dr. Ursula Häfliger, Verantwortliche Politik beim Kaufmännischen Verband Schweiz und Koordination *plattform* +41 44 283 45 78, [politik@kfmv.ch](mailto:politik@kfmv.ch)